

# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Aannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 82

Montag, den 7. April 1930

37. Jahrgang

## Chronik des Tages.

\* Steuerliche Maßnahmen zur Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung für die deutsche Wirtschaft sind seitens der Reichsregierung dem Reichsrat zugegangen, die gleichzeitig Maßnahmen enthalten, um weitere Kapitalflucht nach dem Ausland zu verhindern.

\* Ueber die sozialpolitischen Aufgaben der privaten Krankenversicherungen sprach in einer von zahlreichen Vertretern der Behörden, Verbände, Parlamente und der Presse besuchten Versammlung Rechtsanwalt Dr. Leichmann, der Vorsitzende dieser Organisation.

\* Die Konservativen in England rüsten sich bereits zu den bevorstehenden Wahlen, bei denen sie für Schutz und Herstellung der Wirtschaftseinheit des britischen Weltreiches eintreten werden.

## Brüning droht mit Neuwahlen

Appell des Kanzlers an die Sozialdemokratie.

Berlin, 7. April.

Im Verlaufe der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei ergriß Reichskanzler Dr. Brüning das Wort zu umfassenden Ausführungen über die politische Lage. Er erklärte u. a., das Zentrum habe in der Regierung Müller sein Bestes getan, die Vorwürfe, die ihm von sozialdemokratischer Seite gemacht wurden, seien vollkommen unberechtigt.

Brüning appellierte an die Sozialdemokratie, sich nicht durch die Art ihrer Polemik gegen das Zentrum den Weg zu einer künftigen neuen Zusammenarbeit zu verbauen.

Ueber sein weiteres Programm führte der Kanzler aus: „Experimenten sei die neue Regierung völlig abgeneigt. Aber sie müsse und werde den Mut aufbringen, jetzt in die Bresche zu springen und den Kampf um die Rettung des deutschen Volkes und der Demokratie aufzunehmen. Was zur Rettung des deutschen Volkes notwendig sei, werde die Regierung durchführen. Hinter dem Kabinettsche der Wille und die ganze Macht des Reichspräsidenten und, wie er glaube, auch der Wille der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Wenn es gelinge, mit dem Parlament die notwendigen Reformen durchzuführen, dann müsse das deutsche Volk selbst die Entscheidung in die Hand nehmen und in Neuwahlen ein Parlament schaffen, das den schweren Aufgaben gewachsen ist.

Die Reichsregierung werde mit allen Mitteln dafür kämpfen, mit dem deutschen Volk für die Schaffung der Grundlagen eines glücklicheren Deutschland zu sorgen.“

## Reichsregierung und Steuerentung.

Maßnahmen gegen Kapitalflucht.

Berlin, 6. April.

Dem Reichsrat ist der Gesetzentwurf über die Ermächtigung zur Ergreifung von steuerlichen Maßnahmen zum Zwecke der Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft zugegangen. In der Begründung des Reichsfinanzministers heißt es u. a.:

Es ist die Erfahrung gemacht worden, daß Personen, die als ausländische Geldgeber in Frage kämen, sich durch gewisse steuerliche Verhältnisse abhalten lassen, ihr Geld nach Deutschland zu bringen oder sich an deutschen Unternehmungen zu beteiligen. Auch die Kapitalabwanderungen vom Inland ins Ausland werden vielfach vom steuerlichen Gesichtspunkt stark beeinflusst.

In vielen Fällen sind es lediglich steuerliche Gründe, die derartige Transaktionen bedingen. Und das hat für Deutschland schwere volkswirtschaftliche Nachteile. Es ist da einmal auf die währungspolitischen Einwirkungen derartiger Kapitalabwanderungen hinzuweisen. Einen reinen Verlust erleidet die deutsche Volkswirtschaft auch dadurch, daß der Unterschied zwischen den Soll- und Habenzinsen nicht der deutschen Wirtschaft, sondern dem Ausland zufließt, wenn die ins Ausland gebrachten Kapitalien vom Ausland der deutschen Wirtschaft wieder zur Verfügung gestellt werden.

Der Hauptnachteil aber liegt darin, daß der deutschen kapitalarmen Wirtschaft überhaupt Kapital entzogen wird. Die Neigung zu solchen Kapitalabwanderungen wird noch dadurch verstärkt, daß eine Reihe von Ländern, insbesondere solche, die Deutschland benachbart sind, infolge glücklicherer Verhältnisse sehr niedrige Steuern haben. Es muß ein Ziel der bevorstehenden deutschen Steuererleichterung sein, bei denjenigen Steuern, die die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft zu hemmen geeignet sind, Erleichterungen eintreten zu lassen, zumal wenn dadurch keine wesentlichen finanziellen Ausfälle entstehen.

Die Reichsregierung ist jedoch der Auffassung, daß, um ausländisches Geld nach Deutschland hereinzuführen und die Abwanderung deutschen Geldes ins Ausland zu verhindern, alles Erforderliche getan werden muß, sobald es die Verhältnisse nur irgend gestatten. Die Beseitigung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag ist seit langem ziemlich einmütig mit der Begründung gefordert worden, daß der Steuerabzug nicht den Gläubiger, sondern den Schuldner treffe, daß er kreditverteuernd wirke und daß er dementsprechend die Abzugsmöglichkeiten von Pfandbriefen und Obligationen im Inland und nach dem Ausland beeinträchtigt. Ein verringertes Pfandbriefabgabemache sich auch störend auf dem Bauparkt bemerkbar. Ein sofortiger Abbau des Steuerabzugs ist wegen der Etat- und Kassenlage im Augenblick noch nicht möglich.

Die Reichsregierung glaubt aber, daß sich schon im Laufe des Rechnungsjahres 1930 die Möglichkeit ergeben wird, den Steuerabzug bei festverzinslichen Wertpapieren aufzuheben. Da eine derartige Entscheidung unter Umständen schnell zu treffen wäre, erscheint es ihr zweckmäßig, wenn sie, ohne den umständlichen Weg der Gesetzgebung in Anspruch nehmen zu müssen, dazu schon jetzt die Ermächtigung bekäme.

## Finanznöte am Ultimo.

Wenn die Steuern nicht bewilligt werden...

Berlin, 7. April.

Bei der Aussprache des Steueraususses im Reichstag lehnten die Vertreter der Bauernpartei die Biersteuer ab. Ebenso kündigten die Sozialdemokraten eine ablehnende Stellung an.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärte, daß eine 75prozentige Biersteuer keine Ueberspannung dieser Steuer sei. Auf Fragen erklärte der Minister, daß man über den Ultimo März hinwegkommen sei, weil es möglich war, die Kreuzerleihe vorzufinanzieren, so daß der eine Teil im April und der andere im Mai fällig werde. Wenn die Steuern allerdings nicht bis Ostern bewilligt seien, könne er keine Verantwortung für die kommenden Monatsenden übernehmen.

Auf Wunsch sagte der Minister zu, dem Ausschuss einen Ueberblick über die Entwicklung der Kassenlage zu geben. Die allgemeine Aussprache war damit beendet.

## Wortbruch Frankreichs?

Tardieu behauptet: Die Räumungsfristen laufen noch nicht.

Paris, 7. April.

Der französische Senat hat die Haager Abkommen und den Youngplan mit 284 gegen 8 Stimmen angenommen.

In der entscheidenden Sitzung hielt Ministerpräsident Tardieu eine Rede, in der er die Haager Abkommen ähnlich wie in der Kammer erläuterte.

Ueber die Rheinlandräumung gab Tardieu weittragende Erklärungen ab, denen entschieden widersprochen werden muß.

Er betonte, daß mit Stresemann im Haag vereinbart worden sei, eine Frist von acht Monaten, von Ende Oktober ab gerechnet, für die Räumung einzufsetzen, die demnach bis zum 30. Juni beendet sein müßte.

Seither hätten sich jedoch in Deutschland wie in Frankreich gewisse politische Ereignisse abgespielt. Die Frist habe noch nicht zu laufen begonnen, da die Ratifizierung mehrere Monate verspätet worden sei. Es gebe darüber keinerlei Mißverständnisse zwischen Frankreich und Deutschland (?). Frankreich würde seine Truppen in der dritten Zone belassen, solange die vorgeesehenen Bedingungen, d. h. Ratifizierung des Youngplans und der Haager Abkommen, die Arbeitsaufnahme der BZ und die Uebergabe der Schuldverschreibungen durch Deutschland nicht erfüllt seien.

Sobald Deutschland die Schuldverschreibungen übergeben habe, werde man mit der Rheinlandräumung beginnen und sie so schnell wie möglich fortsetzen.

Bevor die Räumung beginne, müsse Deutschland jedoch auch die vollständige Schließung seiner Befestigungen durchgeführt haben. Eine nur vorgetäuschte Zerstörung genüge nicht.

Die französische Regierung werde in etwa drei Tagen der Reichsregierung eine Note in diesem Sinne überreichen. Auf den Zwischenruf des Senators Graf de Blois, daß man sich die Rheinlandräumung teurer hätte bezahlen lassen müssen, erklärte Tardieu, daß der Youngplan die einzige Bezahlung darstelle. Es sei nicht national, sich immer nur auf die Rheinlandfrage zu beschränken und nicht daran zu denken, daß Frankreich Elsaß-Lothringen zurückhalten und die Mandate über die Kolonien erhalten habe.

Napoleon habe seinerzeit ganz Deutschland besetzt und Leipzig nicht verhindern können.

Frankreich sei angewiesen gewesen, Frieden zu schließen im

Einnehmen mit seinen Verbündeten. Tardieu fragte in diesem Zusammenhang,

ob wohl jemand glaube, daß Frankreich ohne seine Verbündeten gewonnen hätte.

Die französischen Unterhändler hätten getan, was sie hätten tun können. Heute, zehn Jahre nach dem Kriege, handele es sich darum, ein Gleichgewicht zu schaffen und den Frieden durch andere Mittel zu sichern, als durch die alten Verbündungen.

\* Eine Stellungnahme der zuständigen deutschen Stellen zu den aufsehenerregenden Behauptungen Tardieus wird nicht lange auf sich warten lassen. Im übrigen erklärte vor dem Reichsparteiausschuß der Zentrumspartei am Sonntag Reichsinnenminister

Dr. Wirth: Es sei verfehlt, wenn vielfach befürchtet werde, daß wegen der vorgerückten Zeit die Räumung der dritten Zone nicht mehr rechtzeitig erfolgen könne. Bis zum 1. Juli ständen noch 3 Monate zur Verfügung, und es müßte um die Schlagkraft der französischen Armee schlecht bestellt sein, wenn es ihr nicht möglich sein sollte, die Räumung bis zu dem vereinbarten Termin vorzunehmen.

## Die Ziele Briands auf der Flottenkonferenz

Italien wünscht Deutschlands Mitarbeit.

London, 6. April.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ und Berlinag berichten im genannten Blatt übereinstimmend, daß es Briand bei den bisherigen politischen Verhandlungen der Flottenkonferenz um zwei Ziele zu tun war:

1. um eine für Frankreich und England befriedigende Auslegung des Artikels 16 und 2. um die obligatorische Inkraftsetzung einer Entscheidung des Haager Gerichtshofes in dem Falle herbeizuführen, wenn der Völkerbund über die Sanktionsmaßnahmen nicht einig sein sollte.

Berlinag gibt offen zu, daß diese zwei Forderungen in Uebereinstimmung mit dem vor einigen Wochen in Genf angenommenen Bericht stehen. Ohne die Durchsetzung dieser zweiten Forderung betrachte Briand seinen bisherigen Erfolg im ersten Punkt als wertlos, und Frankreich würde es in diesem Falle vorziehen, sich auf eine starke Flotte zu verlassen.

Italienischerseits besteht dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ zufolge die Absicht, im Falle eines Fehlschlages der Konferenz drei neue Schlachtkreuzer zu bauen. Weiterhin beschäftigt der Mitarbeiter, Grandi habe in den letzten Besprechungen angedeutet, daß zu Besprechungen über eine neue Auslegung des Völkerbundsstatutes oder eines Teiles des Locarnopaktes Deutschland herangezogen werden müßte.

Amerika für einen Dreimächtevertrag.

Newyork, 6. April.

In amerikanischen politischen Kreisen wird jede Hoffnung auf das Zustandekommen eines Fünfmächtevertrages ausgegeben. Die maßgebenden Stellen drängen nachdrücklich auf die Beendigung „fruchtloser politischer Verhandlungen“.

Die amerikanische Flottenabordnung in London, die bereits mit der Ausarbeitung beschäftigt ist, befürwortet den Abschluß eines englisch-amerikanisch-japanischen Vertrages, der Frankreich und Italien die Möglichkeit bietet, später beizutreten.

Nach einem Sonderbericht aus London soll auch Spanien nach dem Beispiel Italiens gegen die englisch-französische Aussprache über die Auslegung des Artikels 16 Einspruch erhoben haben.

## Das Ende in London.

Die letzte Woche der Konferenz.

London, 7. April.

Die Nachtbeteiligten sind sich darüber einig, daß die Londoner Flottenkonferenz ihrem Ende entgegensteht und die neue Woche nicht überdauern wird. Briand hat mit Tardieu noch einmal ausführliche telefonische Rücksprache gehabt, wobei sich die maßgebenden französischen Staatsmänner in der Erkenntnis einig waren,

daß Frankreich nicht auf Erfüllung seiner Forderungen in London rechnen könne und daher an der Fortdauer der Konferenz kein Interesse mehr habe.

Auch für England wird die Situation insofern kritisch, als bereits die Andeutung einer Bereitschaft Macdonalds, den französischen Forderungen unter gewissen Vorbehalten nachzugeben, starken Widerstand der öffentlichen Meinung und der Parteien heraufbeschworen hat. Bereits zum Beginn der neuen Woche wird Macdonald im Unterhaus über diese Frage interpelliert werden, und er steht vor der Gefahr